



Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland

Erfolgreich regieren. So machen wir das. 50 Jahre deutsch-französische Freundschaft

Wir haben das Jahr 2013 mit klaren politischen Botschaften begonnen. So hat der CDU-Bundesvorstand in seiner „*Wilhelmshavener Erklärung*“ aufgezeigt, wie die Union weiter gemeinsam für ein starkes Deutschland arbeiten will. Zusammenhalt, generationengerechte Finanzen, eine stabile Währung, gute Bildung und exzellente Wissenschaft, ein wettbewerbsfähiger Mittelstand, moderne Infrastruktur und starke Kommunen sind nur einige der Stichworte auf unserer Agenda. Wir wollen unser Land weiter voranbringen, Punkt für Punkt. Genau das ist es, was die von David McAllister geführte Landesregierung so erfolgreich macht. Deshalb werden die Niedersachsen David McAllister und der CDU am kommenden Sonntag auch wieder ihr Vertrauen schenken. Damit das Land weiter eine gute Zukunft hat.

Und die Konkurrenz? Sie scheitert zunehmend an der Realität. Es wird niemand behaupten, dass die öffentlichen Haushalte oder Einrichtungen in rot-grün regierten Ländern besser aussehen als in den Ländern, in denen die Union Verantwortung trägt. Wer sich aber wie die SPD auf Klausurtagungen vor allem um Imageprobleme und Umfragewerte des eigenen Kandidaten kümmern muss, hat eben keine Zeit für konkrete politische Arbeit. Heraus kommen allenfalls unbezahlbare „Wünsch-Dir-Was-Papiere“. Die aktuellen Steuerpläne der SPD zeigen ihren Widerspruch zwischen Worten und Taten. Wer im Dezember das fertig ausgehandelte Steuerabkommen mit der Schweiz ablehnt und im Januar kaum brauchbare Vorschläge zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung vorlegt, versucht sich nicht ernsthaft an der Lösung der Probleme unseres Landes. Nicht auf wohlfeile Papiere kommt es an, sondern auf Taten. Die Grünen versuchen währenddessen nicht aufzufallen und so ihre mittelstands- und familienfeindlichen Parteitagebschlüsse hinter einer scheinbürgerlichen Fassade zu verstecken.

Wir sind dagegen nicht bereit, Milliarden unverteuert Geldes in der Schweiz liegen zu lassen, so wie SPD und Grüne es gegen alle Vernunft im Vermittlungsausschuss beschlossen haben. Zurückweisen werden wir auch das ideologische Herumpfuschen am Jahressteuergesetz. Wer hier kleinkarierte Spielchen treibt, kann nicht mit unserem Verständnis rechnen. Auch die zusätzlichen 580 Millionen Euro des Bundes für den weiteren Kita-Ausbau hat Rot-Grün im Bundesrat aus rein parteitaktischen Gründen ausgeschlagen. Gleichzeitig will man den Menschen in Deutschland weismachen, die Bundesregierung ließe Kommunen und Länder bei der Finanzierung des Rechtsanspruches im Stich. Diese scheinheilige Blockade betreibt die Opposition auf dem Rücken der Kleinsten. Wir werden das nicht akzeptieren. Wir werden das Gesetz in dieser Woche daher erneut einbringen. Man darf gespannt sein, ob die rot-grünen Landesregierungen unser Angebot ein zweites Mal ablehnen.

Die Anderen mögen sich mit wahltaktischen Finten und Fettnäpfchen beschäftigen. Eines sollten sie aber bedenken: Die Bundestagswahl findet erst im Herbst statt! Bis dahin ist noch viel zu tun. Daher konzentrieren wir uns lieber

auf unsere Arbeit und denken ans Dienen statt ans Verdienen. Mit unserer Politik wollen wir dabei Freiheit und Verantwortung des Einzelnen mit Solidarität und Gerechtigkeit der Gemeinschaft verbinden. Darauf können sich die Menschen auch weiterhin verlassen. Oder wie wir bei uns in Niedersachsen sagen: So machen wir das. In diesem Sinne wünschen wir allen Menschen in unserem Land ein gutes Jahr 2013!

50 Jahre Elysée-Vertrag.

Der am 22. Januar 1963 von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle im Pariser Elysée-Palast unterzeichnete Vertrag markiert einen Wendepunkt in den deutsch-französischen Beziehungen. Die alten „Erbfeinde“ fanden einen Weg die Gräben und Grenzen der Vergangenheit zu überwinden. Kriege und Demütigungen, die lange Zeit den Umgang der beiden Staaten miteinander bestimmten, sind heute nicht mehr vorstellbare Ereignisse. Es sind Kapitel in Geschichtsbüchern. Die Freundschaft, die symbolisch durch Bundeskanzler Helmut Schmidt und Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und später durch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und François Mitterrand bekräftigt wurde, ist mittlerweile selbstverständlich und tief in den Herzen der Menschen verwurzelt.

Mit der vor fünfzig Jahren beschlossenen engen deutsch-französischen Zusammenarbeit, der Verpflichtung zu Abstimmungen in allen wichtigen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Jugend- und Kulturpolitik, haben sich die beiden Staaten in beispielloser Art und Weise aufeinander zubewegt. Dieser Schritt hat eine wichtige zwischenstaatliche Abstimmungsebene geschaffen, auf deren Grundlage Europa gewachsen ist. Die deutsch-französische Zusammenarbeit konnte so zu der tragenden Säule der europäischen Integration werden. Sie ist bis heute der Motor der EU.

Dass Europa zu einem Kontinent des Friedens werden konnte, wie anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU unterstrichen wurde, ist jedoch beileibe keine Selbstverständlichkeit. Dass Krieg und Gewalt zwischen den Staaten des Europäischen Hauses undenkbar geworden sind, ist das Ergebnis einer klugen neuen Außen- und Versöhnungspolitik. Ein wesentlicher Grundstein hierfür wurde mit dem Elysée-Vertrag gelegt. Auch das Leben der einzelnen Bürger der beiden Staaten hat sich in der Folge bereichert. Mit dem deutsch-französischen Jugendwerk, mit den immer offeneren Grenzen, mit Städtepartnerschaften und schließlich einem gemeinsamen Fernsehsender wächst Verständnis füreinander, wächst eine gute Nachbarschaft, wächst die deutsch-französische Freundschaft. Nicht nur für die Kinder und Jugendlichen des Jahres 2013 ist die Vorstellung einer „Erbfreundschaft“ zwischen Frankreich und Deutschland absurd. Dieses schlimme „Erbe“ haben wir erfolgreich verweigert. In der nächsten Woche begeben wir in Berlin daher mit Stolz und Freude den Jahrestag mit einer gemeinsamen Sitzung des Bundestages und der Assemblée Nationale.

Die Woche im Parlament

50 Jahre Elysée-Vertrag – Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas. Wir haben u.a. über den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung von Bundestag und Assemblée Nationale beraten, der in der gemeinsamen Sitzung der Parlamente am 22. Januar in Berlin verabschiedet werden soll.

Regierungserklärung durch den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler zum Jahreswirtschaftsbericht 2013. Die Bundesregierung hat gemäß dem Gesetz zur Förderung der Stabilität des Wachstums und der Wirtschaft (StWG), wonach bis Ende Januar eines jeden Jahres ein Jahreswirtschaftsbericht (JWB) über die von ihr verfolgte Wirtschafts- und Finanzpolitik und die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zu erfolgen hat, in einer Erklärung vor dem Plenum den geforderten Bericht vorgelegt.

53. Bericht des Wehrbeauftragten. Der Bericht des Wehrbeauftragten des Bundestages weist auf Probleme im Rahmen der Umstrukturierung und der aktuellen Einsatzwirklichkeit der Bundeswehr hin. Bei allen geschilderten Umständen ist grundsätzlich erfreulich, dass die Zahl der Eingaben an den Wehrbeauftragten im Vergleich zu den Vorjahren gesunken ist. Gleichzeitig zeigt der Bericht Probleme auf, die sich insbesondere aus den Auslandseinsätzen ergeben. Hier handelt die Bundesregierung. Mit dem Einsatzversorgungsverbesserungsgesetz können posttraumatische Belastungen für Soldaten und ihre Angehörigen besser aufgefangen werden. Ebenfalls hat die Bundesregierung mit der Gründung einer treuhänderischen Stiftung für besondere Härtefälle den Rahmen geschaffen, um unbürokratisch Unterstützung zu leisten.

Das deutsche Berufsbildungssystem – Versicherung gegen Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel. Neben den soliden Rahmendaten der deutschen Wirtschaft ist das duale Berufsbildungssystem ein wichtiger Grund für die geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Wir fordern die Bundesregierung daher dazu auf, dieses System weiter zu verbessern. So soll das Angebot an Ausbildungsbausteinen über die bestehenden 14 Ausbildungsberufe hinaus erweitert werden. Wir wollen weiterhin erreichen, dass das Programm zur Förderung von Bildungsketten so ausgebaut wird, dass möglichst viele Schüler eine Berufsorientierungsmaßnahme durchlaufen können. Nicht zuletzt fordern wir die Bundesregierung auf, in Europa darauf hinzuwirken, dass nicht eine zwölfjährige Mindestschulzeit für bestimmte Ausbildungsberufe erzwungen wird.

Gesetz zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege. Wir haben den Entwurf zur Regelung der zusätzlichen Finanzierung von Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren in 1. Lesung neu eingebracht. Dies wird nötig, weil der Bundesrat ein erstes Gesetz mit diesem Ziel völlig unverständlich abgelehnt hat. Wir wollen alles tun, um mit Blick auf den ab dem 1. August 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz rasch dafür zu sorgen, dass die durch die Bundesregierung zusätzlich bereitgestellten 580,5 Mio. Euro auch verbaut werden können. Teil des Verfahrens ist die Festlegung eines Verteilungsschlüssels sowie eines Monitoring-Verfahrens, damit wir sehen, ob und wie die Mittel von den Ländern verwendet werden.

Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags. Der in 1. Lesung vorgelegte Gesetzentwurf ist der zweite Teil des aufgeteilten Fiskalvertragsumsetzungsgesetzes. Es enthält bis auf die Regelung zur zusätzlichen Finanzierung des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren die übrigen Bestandteile des durch den Bundesrat abgelehnten Gesetzes. Wesentliche Inhalte sind daher unter anderem die Definition der Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit auf 0,5% des BIP und die Beauftragung des Stabilitätsrates, der hierfür durch einen neu einzurichtenden Beirat unterstützt wird, mit der Einhaltung dieser Defizitobergrenze. Die erneute Einbringung ist aufgrund des zum ersten Januar dieses Jahres in Kraft getretenen Fiskalpaktes unausweichlich.

Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes. Nachdem die gesetzliche Verpflichtung zur Ableistung des Grundwehrdienstes mit Datum vom 30. Juni 2011 aus-

gesetzt wurde, fehlt eine einheitliche Rechtsgrundlage für den freiwilligen Dienst in den Streitkräften. Der in 1. Lesung beratene Gesetzentwurf sieht vor, die bisher im Wehrpflichtgesetz enthaltenen Regelungen zum freiwilligen Wehrdienst inhaltsgleich in das Soldatengesetz als einheitliches Dienstrecht zu integrieren.

Revision der europäischen Medizinprodukte-Richtlinien: Vertrauen wieder herstellen – Patientensicherheit bei Medizinprodukten muss erste Priorität sein. Wir reagieren mit unserem Antrag zu implantierbaren Medizinprodukten auf die Verbesserung der Sicherheit von Medizinprodukten der Klasse IIb und III. Dies geschieht vor dem Hintergrund der Verwendung ungeeigneter Implantate, die aufgrund einer fehlerhaften Zertifizierung des französischen Herstellers PIP erfolgte. Aus unserer Sicht ergibt sich ein Regelbedarf für unangemeldete Produktprüfungen bei Herstellern, der auf europäischer Ebene aufgegriffen werden muss. Ebenso soll geprüft werden, wie und unter welchen Voraussetzungen ein Qualitätssiegel oder ein zentrales Register von implantierten Medizinprodukten auf europäischer Ebene etabliert werden können, um etwa eine Langzeitüberwachung zu ermöglichen. Ein Implantatpass soll die Patienteninformationen verbessern.

Gesetz zur Änderung personenstandsrechtlicher Vorschriften (Personenstands-Änderungsgesetz). In 1. Lesung haben wir den Gesetzentwurf zur Änderung personenstandsrechtlicher Vorschriften beraten. Es geht u.a. um eine Anpassung der bestehenden Regelungen zu Beurkundungsmodalitäten, die Erweiterung einer Antragsberechtigung für Sterbefälle von Deutschen im Ausland oder die Konkretisierung der Bedingungen für die elektronische Nacherfassung der papiergebundenen Alt- und Übergabebekundungen.

Daten und Fakten

2012 so viele Erwerbstätige wie noch nie. Die Zahl der Erwerbstätigen lag 2012 im Durchschnitt bei rund 41,5 Mio. Damit waren im vergangenen Jahr so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig wie noch nie. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Erwerbstätigen laut Statistischem Bundesamt um 416.000 Menschen (+1%) gestiegen. Der neue Rekord ist der sechste Höchstwert in Folge, die Zahl der Erwerbstätigen ist seit 2005 um 2,66 Mio. Personen (+6,8%) gestiegen. Zudem hat sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Erwerbslosen um 2,23 Mio. Personen verringert und sich damit auf 2,34 Mio. Erwerbslose in 2012 nahezu halbiert.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Gute Konjunkturaussichten für 2013 und 2014. Das Bruttoinlandsprodukt wächst weiter. Zwar ist die deutsche Wirtschaft aufgrund einer schwachen zweiten Jahreshälfte im vergangenen Jahr lediglich um 0,8 Prozent gewachsen, das Bruttoinlandsprodukt wird in 2013 aber mit zunehmendem Tempo um weitere 0,9 Prozent wachsen. Im kommenden Jahr wird sogar eine jahresdurchschnittliche Rate von mehr als zwei Prozent erwartet. Bedingt wird dies laut Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) durch die wachsende Nachfrage nach deutschen Exportprodukten aus Nachbarländern wie Frankreich und den Niederlanden. Außerdem prognostizieren die Experten, dass die Lage am Arbeitsmarkt auch weiterhin gut bleibt, sodass die Konsumnachfrage kräftig zunehmen dürfte.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de